

wirtschaftspolitik

- STANDPUNKTE 03|2013

INHALT

DIE TÜRKISCHE WIRTSCHAFT: MEHR SCHEIN ALS SEIN?	SEITE 02
WENN PRIVATE RECHT SETZEN...	SEITE 05
EWIGER ZANKAPFEL: DIE URHEBER- RECHTE IM DIGITALEN ZEITALTER DAS EUGH-VERFAHREN AMAZON.COM INTERNATIONAL SALES INC.UA GEGEN AUSTRÖ MECHANA.	SEITE 07
ARA-SYSTEM - MARKTÖFFNUNG IN SICHT?	SEITE 09
SUBSIDIES FOR NUCLEAR POWER	SEITE 12
DIREKTE KAPITALISIERUNG VON BANKEN ÜBER DEN ESM DIE (ÜBER)NÄCHSTE ETAPPE ZUR BANKENUNION1	SEITE 14
WOLLEN WIR BANKEN TRENNEN ODER WEITER FÜR SPIELBANKEN ZAHLEN?	SEITE 17
GRIECHENLAND: SIE RETTEN BANKEN, NICHT MENSCHEN	SEITE 20
STRUKTURWANDELBAROMETER - MESSINSTRUMENT FÜR VERÄNDERUNGSDYNAMIK	SEITE 22

EDITORIAL

Die Türkei als Verbindungskontinent zwischen Europa und dem Osten sucht nach einer klaren politischen Richtung. Schien das Bankensystem von der Finanzkrise 2008 verschont und die Wirtschaft auf Wachstumskurs, zeigen die neuesten Wirtschaftszahlen ein gemischtes Bild. Die zunehmend autokratische Staatsführung der AKP-Partei brachten die Beitrittsverhandlungen mit der EU zum Stillstand. Rohstoffe und Energiekosten werden zunehmend Schwerpunkt globaler wirtschaftspolitischer Entscheidungen. Obwohl die EU offiziell auf erneuerbare Energien setzt, wird gleichzeitig Nuklearenergie. Unter Druck der Atomlobby wird hinter den Kulissen der EU-Kommission die Zulässigkeit von "Subsidies for Nuclear Energy" verhandelt.

Wer steht eigentlich wirklich unter dem Rettungsschirm? Diese Frage hat sich ATTAC gestellt und recherchiert wohin die Gelder geflossen sind. Anders als beim legendären Marshallplan handelt es sich um „Rettungsgelder für den Finanzmarkt, nicht für die GriechInnen“. Ob die „Direkte Kapitalisierung von Banken durch den ESM“ die zentralen Probleme löst oder doch nur als Placebo wirkt? Ein Schritt in die richtige Richtung scheint jedenfalls die Einführung eines Trennbankensystems. Warum, das untersucht „Wollen wir Banken trennen oder weiter für Spielbanken zahlen?“. Demokratiepölitisch bedenkliche Entwicklungen gibt es aber nicht nur in der Türkei, sondern auch in Österreich zu beobachten. Damit beschäftigt sich der Grundriss zu einer AK-Studie „Rechtsetzung durch Private“. Aber auch die Übertragung staatlicher Aufgaben auf Private, wie bspw die Müllentsorgung, ist oft nicht zum Vorteil der BürgerInnen. „Marktöffnung in Sicht“ lautet der Titel zum Thema mit positivem Ausblick. Erstaunlich leger scheint der Umgang des EuGH mit den Binnenmarktfreiheiten und deren möglicher Verletzung beim Urheberrecht: „Ewiger Zankapfel, die Urheberrechte im digitalen Zeitalter“. Den Abschluss macht diesmal der „Strukturwandelbarometer“ mit der Frage wie sich der betrieblichen Strukturwandels auf die Zufriedenheit der Belegschaft auswirkt.

Viel Spaß beim Lesen wünscht

Die Redaktion

IMPRESSUM | OFFENLEGUNG GEM § 25 MEDIENG

HERAUSGEBERIN UND MEDIENINHABERIN:

Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien,
1040 Wien, Prinz Eugen Straße 20 – 22

REDAKTION: Susanne Wixforth, Josef Thoman

LAYOUT UND SATZ: Julia Kolda

VERLAGS- UND HERSTELLUNGSORT: Wien

ERSCHEINUNGSWEISE: 4 mal jährlich

KOSTENLOSE BESTELLUNG UND ALLE AUSGABEN UNTER:

<http://wien.arbeiterkammer.at/wp-standpunkte>

BLATTLINIE: Die Meinungen der AutorInnen.

